Ausgabe für Berlin und Umgegend.

Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jed. Montag „Zeitgeist", jed. Mittwoch „Technische Rundschau", jed. Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jed. Freitag das illustr. Wigblatt „ULK", jed. Sonnabend „Haus, Hof, Garten"; täglich „Sportblatt", „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Postvierteljl. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr, Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2,10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: für Ausland 8 M., für Inland 6 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition, SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. (General-Anzeiger 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Rathenower Str. 3, Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Str. Frankf. Str. 31; Frankf. Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Fennstr. 1; Badstr. 55; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Hohenzollernstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25/26; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hohenzollernplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 348
43. Jahrgang

Sonntag
12. Juli 1914

Hierzu die Illustrierte Halbwochenschrift „Der Weltspiegel" Nr. 56.

Politische Wochenschau.

Ein Erfolg des Fortschritts. — Renaissance des Liberalismus. — Labiau-Wehlau. — Das sächsische Wahlabkommen. — Drohende Monopole. — Die Methode der indirekten Beeinflussung.

Von [Nachdruck verboten.]

Paul Michaelis.

Die Ersatzwahl in Koburg hat dem entschiedenen Liberalismus einen schönen Erfolg gebracht. Im ehrlichen Ringen zwischen Fortschritt und nationalliberaler Partei hat sich die schärfere Tonart diesmal als weit überlegen gezeigt. Es gelang dem fortschrittlichen Kandidaten Arnold, Stimmen von rechts und von links zu sammeln und nicht bloß den nationalliberalen Kandidaten um mehr als 1300 Stimmen zu überflügeln, sondern auch fast die Stimmenzahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu erreichen. Wenn auch Herr Arnold nicht an der Spitze der Kandidaten steht, so kann doch sein Sieg in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie als gesichert gelten. Denn man darf es wohl als selbstverständlich ansehen, daß die nationalliberalen Wähler in der Stichwahl Mann für Mann für den fortschrittlichen Kandidaten eintreten werden, schon um den liberalen Erfolg möglichst eindrucksvoll zu gestalten.

Es hieße den Ausgang der Koburger Wahl unterschätzen, wollte man in ihm nur einen belanglosen Einzelfall sehen. Die Bedeutung dieser Wahl geht viel weiter. Sie macht deutlich, wie heute die Masse der Wähler in einem sehr großen Teil des Deutschen Reichs eigentlich gerichtet ist, und wo sie ihre politischen Wünsche am besten verwirklicht findet. Der Liberalismus, als große Einheit genommen, ist seiner ganzen Natur nach auf eine mittlere Stellung angewiesen. Er will den politischen Fortschritt und eine unablässige Arbeit an der Verbesserung der bestehenden Zustände und unterscheidet sich damit grundsätzlich von der konservativen Partei als der starren Vertreterin des Bestehenden. Aber er will in seiner Reformtätigkeit an das Bestehende anknüpfen, und er bejaht die politischen und gesellschaftlichen Grundlagen des neuen Reiches. Damit stellt er sich naturgemäß in Gegensatz zur Sozialdemokratie, wenigstens soweit diese nicht reformieren, sondern revolutionieren will. Diese Mittelstellung des Liberalismus ist zu gewissen Zeiten seine Schwäche, unter anderen Umständen kann sie aber gerade seine Stärke ausmachen.

In dem großen Machtkampf zwischen der staatlichen Autorität und der Sozialdemokratie schien es eine Zeitlang, als sollte der Liberalismus mehr und mehr ausgeschaltet werden; es hat nicht an Unglückspropheten gefehlt, die ihm attestierten, daß er seine Rolle ausgespielt habe. Aber schon seit den Wahlen von 1907 fing sich das Blättchen an zu wenden. Und die Wahlen von 1912 brachten gleichfalls den Fortgang einer langsamen Renaissance des Liberalismus. Gewiß, eine solche Entwickelung vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Sie wird auch durch manchen Rückschlag unterbrochen. Und doch! Ueberblickt man einen längeren Zeitraum, dann unterliegt es nicht dem mindesten Zweifel, daß der Liberalismus wieder stärkeren Boden im Volk gefunden hat. Ganz allmählich, aber dauernd hat sich die Stimmung in den Wählerkreisen gewandelt. Während gerade der entschiedene Liberalismus lange Jahre hindurch nach rechts und links Anhänger verlor, fängt er heute an, einen Sammelpunkt für solche Wähler abzugeben, die bisher nicht recht wußten, wohin sie eigentlich gehörten. Die konservative Partei hat ihre Rolle für absehbare Zeit im Reich ausgespielt. Sie mag alle Mittel einer vor nichts zurückschreckenden Agitation anwenden, es gelingt ihr nichts mehr. Aber es will auch scheinen, als sei die Sozialdemokratie auf ihrem Höhepunkt angelangt, wenn sie ihn nicht bereits überschritten hat. Diejenigen unter den sozialdemokratischen Führern, die etwas weiter blicken, haben auch längst erkannt, daß die sozialdemokratische Partei aus ihrem Turm heraus und Fühlung mit dem bürgerlichen Liberalismus suchen muß, wenn sie nicht zu dauernder Unfruchtbarkeit verurteilt sein will. Je mehr der entschiedene Liberalismus seine Lebensfähigkeit und Lebenskraft durch die Tat beweist, wie es in Koburg geschah, um so stärker wird sich auch in der Sozialdemokratie die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer taktischen Verständigung mit dem entschiedenen Liberalismus durchsetzen.

Man muß wünschen, daß die für den 16. Juli anberaumte Nachwahl in Labiau-Wehlau gleichfalls einen Erfolg für die fortschrittliche Volkspartei bringt. Allerdings liegen hier die Verhältnisse nicht besonders günstig, da ein großer Teil der Wähler, die in erster Reihe für den Liberalismus in Frage kommen, im Hochsommer auswärts arbeitet. Insofern ist der Wahltermin den Konservativen sehr bequem. Sie haben auch sonst alle Minen springen lassen, um ihre Wahlaussichten nach Möglichkeit zu verbessern. An Rücksichtslosigkeit und Gehässigkeit der reaktionären Wahlmache steht der Kampf in Labiau-Wehlau so ziemlich unerreicht da. Aber es versteht sich von selbst, daß sich der entschiedene Liberalismus durch solche Widerstände nicht entmutigen lassen darf. Er muß erst recht alle Kraft entfalten, um seinem Kandidaten Wagner und damit dem fortschrittlichen Gedanken zum Siege zu verhelfen. Wir hoffen, daß der Wahlkampf zum glücklichen Abschluß geführt wird.

So scharf im eigensten Interesse des Liberalismus der Trennungsstrich gegen rechts gezogen werden muß, so schwierig ist die Frage zu beantworten, wie weit ein Zusammengehen des entschiedenen Liberalismus mit den Nationalliberalen möglich ist. Bei der nationalliberalen Partei handelt es sich ja um einen Sammelnamen, unter dem sehr verschiedene Richtungen gehen. Wir wüßten nicht, welche Gemeinschaft zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den sogenannten Altnationalliberalen bestehen könnte, die kaum etwas anderes als ein Anhängsel der politisch reaktionär gerichteten Parteien sind. Aber es gibt unter den nationalliberalen Wählern erfreulicherweise auch zahlreiche Elemente, die sich nur dem Namen nach vom entschiedenen Liberalismus unterscheiden. Nichts wäre kurzsichtiger, als die Brücke zu ihnen abbrechen zu wollen. Und jeder Versuch in der Richtung eines engeren Anschlusses an diejenigen Nationalliberalen, die nicht aufgehört haben, liberal zu sein, verdient auch vom Standpunkt des Fortschritts freundliche Unterstützung. Es scheint, daß auch das gesamtliberale Wahlabkommen, das in der letzten Woche in Sachsen nach langen Verhandlungen zustande gekommen ist, als eine Etappe auf diesem Wege willkommen geheißen werden darf. In Sachsen ist der von einer unentwegt konservativ gerichteten ersten Kammer ausgeübte Druck so stark, daß alle gegnerischen Kräfte zusammengefaßt werden müssen, um den Widerstand der ersten Kammer gegen notwendige Reformen zu brechen. Dazu ist zunächst einmal nötig, daß der Liberalismus in der zweiten Kammer die Mehrheit erlangt. Durch das Zusammengehen aller Liberalen scheint die Möglichkeit gegeben, den reaktionären Widerstand zu brechen. Man sollte meinen, daß es gelingen müßte, die noch fehlenden neun Mandate dem Gesamtliberalismus zu gewinnen. Für diesen Fall wäre durch das sächsische Abkommen der Beweis geliefert, daß die liberale Einigkeit stark macht. Aber eins muß allerdings bei allen solchen Abmachungen im Auge behalten werden, daß die Front gegen rechts nicht verdunkelt wird.

Soweit der Reichstag in Frage kommt, versteht es sich ohnehin von selbst, daß sich der Liberalismus nur gegen die Rechte, nicht mit ihr behaupten kann. Man mag die reaktionären Ferienversuche zur Empfehlung neuer Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie und neuer Verschärfungen der Geschäftsordnung des Reichstags nicht allzu ernsthaft nehmen, aber selbst wenn alle solche Anregungen zurückgewiesen worden sind, bleibt gerade noch genug zu tun übrig, um die Volksinteressen tatkräftig zu vertreten. Es sieht ja jetzt so aus, als sollte sich der Reichstag im nächsten Herbst denselben Regierungsvertretern gegenübersehen, wie im letzten Winter. Herr Delbrück will trotz seines viermonatigen Urlaubs wiederkommen, und der Reichsschatzsekretär Kühn, der den blauschwarzen Parteien wegen der Reichsvermögenszuwachssteuer verdächtig ist, wurde sogar zum preußischen Staatsminister ernannt, ein Zeichen, daß man von ihm noch Größeres erwartet. Nur wird man dieser Auszeichnung des Reichsschatzsekretärs schwerlich gerecht, wenn man darin nichts weiter als den Versuch erblicken wollte, der Reichsregierung einen stärkeren Einfluß auf die Führung der preußischen Geschäfte zu geben. Man wird mindestens mit gleichem Recht annehmen dürfen, daß Herr Kühn sich mehr als bisher vom preußischen Geist befruchten lassen soll. Darüber ist ja leider kaum noch ein Zweifel, daß auch für eine sehr nahe Zeit im Reich wieder mit einer neuen Anziehung der Steuerschraube gerechnet werden muß. Die beiden ersten Finanzreformen haben sich in der Praxis als das erwiesen, als was sie von entschieden liberaler Seite längst gekennzeichnet worden sind, als Halbheiten und Irrwege. Wo das Heil zu suchen ist, das hat die Reichsregierung selbst angedeutet, als sie, wenn auch allzu zaghaft, den Weg der direkten Reichssteuern beschritt. Es wäre nur konsequent, wenn sie in dieser Richtung weiter ginge. Aber schwerlich ist Herr Kühn zum Kollegen der preußischen Minister befördert worden, um die direkten Reichssteuern leichter ausbauen zu können. Viel wahrscheinlicher ist es, daß er umgekehrt gerade von diesem Weg zurückkommen und wieder auf eine Belastung des Konsums und des freien Wettbewerbs zurückgreifen soll. In diesem Falle würde aber kaum etwas anderes übrig bleiben, als in irgendeiner Form zu Reichsmonopolen überzugehen. Und es ist bezeichnend, daß man auch in Frankreich, wo die politische und finanzielle Entwickelung mit der unseren so zahlreiche Berührungspunkte zeigt, jetzt gleichfalls auf Monopole zur finanziellen Sanierung der Republik den Blick richtet.

Der letzte Grund für die immer höher gesteigerten finanziellen Ansprüche des Staates an die Steuerleistung des einzelnen Bürgers ist, wie nicht erst bewiesen zu werden braucht, in den beständig wachsenden Aufwendungen für Heer und Flotte zu suchen. Vorläufig wird freilich versichert, daß wir uns, was die Armee anbetrifft, in einer „Rüstungspause" befinden, und daß auch die Flotte sich mit einer Erhöhung der Mannschaftsbestände begnügen wolle. Aber bis zum Beginn der parlamentarischen Kampagne ist es noch weit, und es ist noch nicht gesagt, daß bis dahin nicht neue militärische Notwendigkeiten entdeckt werden. Zum mindesten ist von einer dauernden Pause in den Rüstungen oder gar von einem „Weltfeierjahr" im Flottenbau noch keine Spur zu erblicken. In dieser Beziehung sind die Ausführungen, die der englische Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey im Unterhause gemacht hat, sehr lehrreich, so unerfreulich sie immer sein mögen. Nach der Ansicht Sir Edward Greys sind direkte Versuche zur Verminderung der Rüstungen untunlich. Aber er glaubte wenigstens die Möglichkeit zu besseren Beziehungen unter den Mächten in der Methode der indirekten Beeinflussung und in dem Druck der öffentlichen Meinung zu erkennen. Und in dieser Richtung wenigstens könnte ein starker Liberalismus auch bei uns auf die guten Beziehungen zwischen den Nationen und damit auch auf die allmähliche Verminderung der Rüstungslasten günstig einwirken.

Die Belastungszeugen im Prozeß Caillaux.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Paris**, 11. Juli.

Die Liste der Zeugen, die im Prozeß Caillaux die Anklage berufen hat, wird jetzt veröffentlicht. Alle Mitarbeiter und Freunde des „Figaro" werden selbstverständlich vernommen, außerdem enthält die Liste die Namen der Parlamentarier Barthou, Painlévé und Ceccaldi, auch Caillaux wird als Zeuge erscheinen, und merkwürdigerweise führt die Liste der Belastungszeugen auch Personen an, auf die die Verteidigung sich beruft, so den Chefredakteur des „Gil Blas" Mortier, der ein persönlicher Freund Caillaux' ist, ferner eine Journalistin, die, wie erinnerlich, behauptete, daß Calmette ihr Geld für Privatbriefe angeboten habe. Die Zahl der Belastungszeugen beträgt 54. Die Verteidigung will ihrerseits nur zehn Zeugen namhaft machen.

Die Trauer Serbiens um Herrn v. Hartwig.

Verdächtigungen gegen den österreichischen Gesandten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **Belgrad**, 11. Juli.

Der plötzliche Tod des russischen Gesandten v. Hartwig hat hier allgemeine Bestürzung und Trauer hervorgerufen. Die Hauptstraßen sind zum großen Teil schwarz beflaggt. Die gesamte Presse widmet dem Gesandten Nekrologe voll höchster Anerkennung für seine Verdienste um Serbien. Manche Blätter fordern sogar zur Errichtung eines Denkmals für ihn auf. Andererseits wird der Umstand, daß der Tod ihn bei einer Unterredung mit dem gestern mittag von Wien zurückgekehrten österreichisch-ungarischen Gesandten und in dessen Wohnung, angeblich nach dem Genuß von Tee, ereilte, zu allerlei Verdächtigungen in dem hierfür sehr empfänglichen Belgrader Publikum ausgebeutet.

Der authentische Hergang ist folgender: v. Hartwig beeilte sich noch gestern abend, Baron Giesl aufzusuchen, um ihm persönlich seine Teilnahme und Entrüstung anläßlich des Attentats in Serajewo zum Ausdrucke zu bringen. Es war ihm hieran besonders gelegen, weil in gewissen Kreisen davon gesprochen wurde, die russische Gesandtschaft habe ihre Flagge während der Trauerfeier anläßlich des Attentats geflissentlich nicht auf Halbmast eingezogen. Obwohl die Unterredung einen ruhigen Verlauf nahm, erlitt v. Hartwig, der herzleidend war, und sich bereits nachmittags nicht wohl fühlte, plötzlich einen Herzschlag, der ihn in kaum einer Viertelstunde, noch bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war, dahinraffte. In der Kapelle der russischen Gesandtschaft wurde heute nachmittag ein Trauergottesdienst in Anwesenheit des Hofes, der Diplomatie und der Regierung abgehalten.

Antivari das Ziel der russischen Flottenpolitik?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ **Wien**, 11. Juli.

Das „Neue Wiener Tagblatt" veröffentlicht Mitteilungen eines dem russischen Admiral Russin und dem französischen Generalstabschef der Marine in Paris gepflogenen Verhandlungen der Neuorientierung der russisch-persischen Politik im Mittelmeer gelten. Im Zusammenhang damit sei der außerordentliche Kredit von 600 Millionen Francs bewilligt worden, aus deren vor allem die bis 1917 fertigzustellende zweite Dreadnoughtdivision für das Schwarze Meer erbaut werden soll. Russin habe betonen können, daß nach der Ueberzeugung der russischen Diplomatie infolge der durch den Zarenbesuch gefestigten Freundschaft mit Rumänien die Frage der Durchfahrt durch die Dardanellen nunmehr als äußerst aktuell zu gelten habe. Die Mitwirkung eines russischen Geschwaders in den Mittelmeergewässern sei für die allernächste Zeit als derart gewichtiger Faktor in die Kombinationen der Entente einzustellen, daß die baldige Schaffung eines starken Flottenstützpunktes als conditio sine qua non zu betrachten sei. In dieser Hinsicht liege nun ein Alternativvorschlag vor. Als in politischer und strategischer Hinsicht am geeignetsten sei hierzu Antivari an der montenegrinischen Küste ausersehen und von russischen Marineingenieuren sei der Ausbau dieser Bucht zu einem Kriegshafen in allen Details festgelegt und berechnet worden. Als Nachteil eines dort zu schaffenden Stützpunktes werde die bedenkliche Nähe des österreichischen Gewässers bezeichnet, weshalb eventuell an Stelle Antivaris die neun Seemeilen südöstlich gelegene Bucht von Noce ins Auge gefaßt werde. Im Zusammen-